

Aktenzeichen: S7107 A-018-II5b/4

Besprechungsprotokoll

Ort: Skype-Besprechung

Datum: 26. April 2021

Beginn: 14.00 Uhr

Ende: 16.40 Uhr

Verfasserin: Melanie Möbs, II 51 (M)*

Veranstaltung:	Virtuelles Fachgespräch am 26. April 2021 zur Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand – Anwendung des § 2b UStG
-----------------------	--

Teilnehmer	Dienststelle
Herr Dr. Dieter, Geschäftsführender Direktor	Hessischer Städtetag
Herr Gieseler, Direktor	Hessischer Städtetag
Herr Dr. Wokittel, Referatsleiter	Hessischer Städtetag
Herr Jung, Abteilung Finanzen	Hessischer Städte- und Gemeindebund
Frau Maier, Referentin	Hessischer Städte- und Gemeindebund
Herr Dr. Rauber, Geschäftsführer	Hessischer Städte- und Gemeindebund
Frau Rauscher, Abteilungsleiterin Finanzen	Hessischer Städte- und Gemeindebund
Herr Rühl, Referatsleiter Finanzen	Hessischer Landkreistag
Frau Reusch-Demel, Referatsleiterin IKZ	HMdIS
Herr Dr. Stork	HMdIS
Herr Spandau	Kommunales Beratungszentrum Hessen
Herr Grzybowski, Referent	OFD, Referat St 1
Herr Halm, Referatsleiter	OFD, Referat St 1
Frau Krau, Sachbearbeiterin	OFD, Referat St 1
Frau Müller, Sachbearbeiterin	HMdF, Referat I 12
Frau Möbs, Sachbearbeiterin	HMdF, Referat II 5
Herr Moos, Referent	HMdF, Referat II 5
Herr Schuster, Sonderprogramm	HMdF, Referat II 5
Frau Wurster, Referatsleiterin	HMdF, Referat II 5

Anlagen

0.	Präsentation vom 26. April 2021
1.	Verfügung des Landesamtes für Steuern Niedersachsen vom 27.01.2021 zur Umsatzsteuerlichen Behandlung von Personalgestellungsleistungen der öffentlichen Hand

Anlagen	
2.	BMF-Schreiben vom 28. Januar 2020 an die Kultusministerkonferenz zu der umsatzsteuerlichen Behandlung von Kooperationen zwischen Universitätskliniken und Medizinischen Fakultäten
3.	BMF-Schreiben vom 26. November 2020 an die Kultusministerkonferenz zu der Umsatzbesteuerung der Leistungen der öffentlichen Hand; Anwendungsfragen des § 2b UStG
4.	Schreiben der Kultusministerkonferenz vom 8. August 2019 zur Umsatzbesteuerung der Leistungen der öffentlichen Hand; Anwendungsfragen des § 2b UStG
5.	BMF-Schreiben vom 18. Januar 2021 an die Senatsverwaltung für Finanzen von Berlin zu Anwendungsfragen des § 2b UStG
6.	Verfügung der OFD Frankfurt vom 27.01.2021 zu Verbindlichen Auskünften nach § 89 Abs. 2 AO zur Umsatzbesteuerung nach § 2b UStG
7.	Abschn. 2b.1 UStAE (Stand: 23.11.2020)
8.	Verfügung des Bayerischen Landesamt für Steuern vom 27.04.2020 zu der Besteuerung von Verwaltungsgemeinschaften
9.	Verfügung der OFD Frankfurt vom 30.01.2020 zu der Umsatzsteuerlichen Behandlung der Personalüberlassung an einen Gemeindeverwaltungsverband unter Anwendung des § 2b UStG
10.	BMF-Schreiben vom 11. Januar 2021 an die kommunalen Spitzenverbänden zu der Vorsteuerberichtigung wegen Nutzungsänderung von BgA durch Corona-Krise; Verlängerung der Billigkeitsmaßnahme
11.	BMF-Schreiben vom 5. März 2021 an die kommunalen Spitzenverbände zu der Vorsteuerberichtigung wegen Nutzungsänderung durch Corona-Krise; Ergänzende Beschlüsse zu laufenden Kosten und Gesellschaften des Privatrechts

Hinsichtlich der inhaltlichen Ausführungen wird auf die im Fachgespräch gezeigte Präsentation verwiesen (Anlage 0). Das Protokoll enthält ausschließlich darüberhinausgehende Inhalte und von den Teilnehmern eingebrachte Diskussionsansätze.

Lfd. Nr.	Besprechungsverlauf/Ergebnis
1.	<p><u>Begrüßung</u></p> <p>Frau Wurster begrüßt die Teilnehmer und stellt kurz den Auslöser für das Fachgespräch dar. Diverse Eingaben (z.B. HSGB vom 16.2.2021) hätten gezeigt, dass § 2b UStG immer noch Rechtsunsicherheiten vor allem bzgl. der Interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) auslöse. Das Gespräch solle den Anstoß dafür geben, Problembereiche der Praxis zu identifizieren und genauer zu benennen.</p> <p>Herr Moos stellt anschließend die Agenda vor und weist darauf hin, dass die bis zum Ablauf des Optionszeitraum zum 1.1.2023 verbleibende Zeit intensiv genutzt werden sollte.</p>

	<p><u>Hessischer Verwaltungsschulverband</u></p> <p>Herr Gieseler spricht bereits zu Beginn des Gespräches den Hessischen Verwaltungsschulverband und dessen Probleme an und bittet um Befassung. Frau Wurster weist darauf hin, dass Einzelfälle nach dem Gespräch aufgegriffen werden könnten. Bislang sei der Hessische Verwaltungsschulverband noch nicht an Referat II 5 herangetreten.</p> <p>Nachtrag: Der Hessische Verwaltungsschulverband hat sich bereits mit Schreiben vom 15.10.2018 erstmals an das HMdF gewandt. Das Referat I 12 (damals I 11) bot dem Verband darauf seine Unterstützung an (Az. S7106 A-122-II5b/14). Weitere Information liegen dem Referat II 5 nicht vor.</p>
2.	<p><u>TOP 1: Personalgestellung/-überlassung der öffentlichen Hand</u></p> <p>Herr Dr. Rauber pflichtet Herrn Moos bei, dass die Rechtslage bzgl. der Personalgestellung/-überlassung für den kommunalen Bereich weitestgehend geklärt sei und die gemeinsam mit dem HMdF und dem Referat II 5 angestoßene landesgesetzliche Regelung im (hessischen) KGG die sinnvollste Lösung für einen Wettbewerbsausschluss (gemäß § 2b Abs. 3 Nr. 1 UStG) gewesen sei.</p>
3.	<p><u>TOP 2: Nutzung des Übergangszeitraums für Zweifelsfragen</u></p> <p>Herr Moos weist auf den Ablauf des Übergangszeitraums zum 1.1.2023 hin und bittet um die Mitteilung weiterer Problemfelder. Es könne sinnvoll sein, mit einzelnen Anliegen zunächst über Bundesverbände an das BMF heranzutreten, gleichzeitig aber die jeweiligen Länderansprechpartner zu informieren. Sollte es sich um ein hessenspezifisches Anliegen handeln, werde sich das HMdF natürlich der Sache annehmen, ggf. sei die Beteiligung anderer Länder notwendig. Die Gesprächsbereitschaft des HMdF bestehe auch über das Jahr 2023 hinaus.</p> <p>Die FMK habe sich zwar gegen „Modellkommunen“ ausgesprochen, aus Sicht des Referates II 5 könnten solche Modelle jedoch durchaus sinnvoll sein, um Praxis-Probleme frühzeitig zu identifizieren. Erkenntnisse sollten dem HMdF zeitnah mitgeteilt werden.</p> <p>Herr Dr. Rauber ergänzt aus der Praxis, dass zwei Mitglieder des HSGB bereits § 2b UStG anwenden würden. Diese berichteten von durchaus positiven Erfahrungen (auch in der Abstimmung mit den Finanzämtern). Es gäbe dort aktuell keine großen Zweifelsfälle.</p>
4.	<p><u>TOP 3: Anträge auf verbindliche Auskunft im Vorgriff auf § 2b UStG</u></p> <p>Herr Moos weist darauf hin, dass für einen Antrag auf verbindliche Auskunft zwar grundsätzlich ein noch nicht verwirklichter Sachverhalt vorliegen müsse, eine Unsicherheit aufgrund einer gesetzlichen Änderung, wie z.B. durch die Einführung des § 2b UStG, jedoch für die Antragstellung genüge.</p> <p>Frau Krau, OFD Referat St 1, berichtet in diesem Zusammenhang von Erfahrungen aus der Praxis und führt an, dass der Übergangszeitraum von den Kommunen durchaus</p>

intensiv genutzt würde, um Rechtsunsicherheiten zu klären, insbesondere bzgl. der IKZ. Anträge auf verbindliche Auskünfte seien hierfür ein gern genutztes Instrument.

Frau Krau bittet die Teilnehmer, ihre Mitglieder in geeigneten Fällen zum Gebrauch dieses Instrumentes anzuregen. Man müsse jedoch auf die Einhaltung der formalen Voraussetzungen achten. Häufig scheitere ein Antrag bereits daran. Ein formal unvollständiger Antrag könne nachträglich aber ergänzt oder korrigiert werden.

Frau Krau weist insbesondere auf folgende formalen Voraussetzungen (§ 89 Abs. 2 AO i.V.m. der Steuer-Auskunftsverordnung (StAuskV)) hin:

- detaillierte, eindeutige und vollständige Sachverhaltsangaben (z.B. in Ergänzung zur Verbandssatzung zusätzliche Aufgabenbeschreibung)
- konkret formulierte Rechtsfragen in Bezug auf § 2b UStG
- ausführliche Darlegung des Rechtsproblems mit eingehender Begründung des eigenen Rechtsstandpunktes
- Angaben zum Gegenstandswert

5. TOP 4: Zweckverbände und Gemeindeverwaltungsverbände – umsatzsteuerrechtliche Behandlung von Umlagen

Herr Moos verweist in diesem Zusammenhang auf das Schreiben des Hessischen Städte- und Gemeindebundes vom 16.2.2021, das den Teilnehmer bereits im Vorfeld übersandt wurde.

Insbesondere die Frage der Gesellschafterbeiträge wird im Gesprächsverlauf diskutiert. Herr Dr. Rauber führt in diesem Zusammenhang an, dass die Ausgestaltung als Gesellschafterbeitrag keine Wettbewerbsverzerrung mit sich bringe, da auch Dritte diesbezüglich nicht umsatzsteuerpflichtig seien. Herr Moos gibt diesbezüglich zu bedenken, dass § 2b UStG erst relevant werde, sobald eine Leistung vergütet wird (wechselseitige Bedingungen, Leistungsaustausch). Bei einem Gesellschafterbeitrag komme es nicht zu einem Leistungsaustausch, sodass auch eine Wettbewerbsprüfung entfielen. Zudem sei es kritisch von einem Gesellschafterbeitrag zu sprechen, wenn die Zahlung nur unter der Bedingung einer bestimmten Handlung erfolge.

Herr Jung spricht zudem die Aufgabenübertragung auf Verbände auf Grundlage des § 8 KGG an und ob die Ausgestaltung einer solchen Aufgabenübertragung zu einem Wettbewerbsausschluss führen könne. In diesem Zusammenhang wird auch die EuGH-Rechtsprechung zur Vergaberecht angeführt, wonach die Übertragung von Kompetenzen juristischer Personen des öffentlichen Rechts durch Zuweisung öffentlicher Befugnisse nicht in den Bereich wirtschaftliche Vorgänge fällt (EuGH-Urteil vom 20.12.2016, C 51/15, sowie EuGH-Urteil vom 18.6.2020, C-328/19).

Um dies prüfen zu können, muss der Vortrag mit Beispielen aus der kommunalen Praxis unterlegt werden. Wenn dies gelinge, werde die Argumentation in einer der nächsten Besprechungen aufgegriffen.

6.	<p><u>TOP 5: Tätigkeiten / Leistungen der Verbandsmitglieder an die Zweckverbände und Gemeindeverwaltungsverbände</u></p> <p>Frau Reusch-Demel und Herr Spandau führen aus, dass die IKZ in der Praxis deutlich häufiger öffentlich-rechtliche Vereinbarungen (d.h. individuelle Absprachen) nutze (mehr als 90 %) als die Arbeit in Verbänden (IKZ in Verbänden nur 10 %). Eine solche enge, gesetzlich geregelte Zusammenarbeit - wie z.B. in einem Zweckverband - sei oft nicht gewünscht. Man sei sich auch in Finanzierungsfragen oft uneinig. Ein Verband könne Forderungen ggü seinen Mitgliedern auch durch einen Bescheid umsetzen. Dem wollen sich viele Kommunen nicht aussetzen.</p> <p>Vereinbarungen zwischen Kommunen führen zudem nicht zu einer Aufgabenübertragung.</p> <p>Herr Dr. Rauber führt in diesem Zusammenhang Wasserversorgungsverbände, gemeinsame Bauhöfe und den gemeinsamen Betrieb eines defizitären Schwimmbades als Beispiele für Zweckverbände an, und führt aus, dass aus Sicht des HSGB der Zweckverband häufiger diskutiert worden sei, da man dort nicht so leicht herauskomme als aus einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung. Aufgrund der bereits unter TOP 4 dargestellten EuGH-Rechtsprechung zu Vergaberecht wäre jedoch zu prüfen, ob es sich tatsächlich um eine Aufgabenübertragung oder vielmehr um eine Übertragung der Aufgabenwahrnehmung handelt.</p> <p>Nach übereinstimmender Aussage aller Teilnehmer aus dem kommunalen Bereich bereiten die oben beschriebenen Vereinbarungen im Hinblick auf § 2b UStG der Praxis die größten Probleme. Probleme der Personalgestellung im Bereich des KGG seien weitgehend durch Gesetzesänderung beseitigt. Es bestehe auch kein Informationsdefizit.</p> <p>Frau Wurster weist darauf hin, dass die zuvor beschriebenen Vereinbarungen sehr unterschiedlich sein können und bittet deshalb um Mitteilung von typischen Gestaltungsmöglichkeiten. Das HMdF könnte hierauf basierend Handlungsempfehlungen geben, die auch als Grundlage für Handreichungen dienen könnten.</p> <p>Dr. Stork erwiderte diesbezüglich, dass aufgrund der unterschiedlichen Fallgestaltungen typische Einzelfälle nur schwer darstellbar seien. Er spricht sich für eine generelle Regelung aus. Bspw. könne gesetzlich geregelt werden „Wenn die Kooperation auf Grundlage des § 8 KGG erfolgt, dann besteht keine Wettbewerbssituation“. Frau Wurster entgegnet, dass ein solch pauschaler Ansatz zwar bequem, aber wenig erfolgversprechend sei. Sie verweist auf den in Art. 13 MwStSystRL niedergelegten Wettbewerbsgedanken, der nicht einfach ausgeklammert werden könne und spricht sich für eine pragmatische Lösung aus, die jedoch mit Arbeitsaufwand verbunden sei.</p> <p>Herr Dr. Rauber, sowie Herr Spandau sind sich sicher, dass typisierende IKZ-Vereinbarungen aus der Masse der Vereinbarungen herausgefiltert werden können.</p>
7.	<p><u>TOP 6: Fragestellungen auch bei Wasser- und Bodenverbänden?</u></p>

	Herr Moos bittet die Teilnehmer bis zum nächsten Gesprächstermin um Rückmeldung, ob entsprechende Problemstellungen bekannt sind.
8.	<p><u>TOP 7: Umsatzsteuerrechtliche Konsequenzen bei der Nutzung von kommunalen Grundstücken und Gebäuden zur Bekämpfung der Corona-Pandemie oder als Folge bestehender Gesundheits-/Hygieneregeln</u></p> <p>Aufgrund der vorangeschrittenen Zeit wird das Thema nicht besprochen. Die Teilnehmer äußern bei Gesprächsabschluss auch keine diesbezüglichen Nachfragen.</p>
9.	<p><u>TOP 8: Erörterungsstand zum Einführungsschreiben der Umsatzsteuerbefreiung nach § 4 Nr. 29 UStG IKZ</u></p> <p>Herr Moos informiert über den derzeitigen Stand. § 4 Nr. 29 UStG sei für die IKZ grundsätzlich nutzbar. Über den Zeitpunkt der Veröffentlichung des Einführungsschreibens zu § 4 Nr. 29 UStG könnten aber noch keine Angaben gemacht werden, u.a. stehe eine Verbandsanhörung noch aus.</p>
10.	<p><u>TOP 9: Verschiedenes:</u></p> <p>Die Teilnehmer verständigen sich darauf, im Austausch zu bleiben. Ein nächster Termin setzte aus Sicht des Referates II 5 aber voraus, dass die Teilnehmer typisierende Fallgestaltungen ermitteln und dem HMdF vorab zukommen lassen.</p> <p>Der nächste Termin sollte noch vor der Sommerpause stattfinden.</p>

gez. 27.04.2021 Möbs